

Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

An den
Stadtrat Landshut
Rathaus
84028 Landshut

Rathaus/Altstadt 315
84028 Landshut

Tel. 0871 88 17 90
Fax 0871 88 17 89
www.gruene-fraktion-la.de
fraktion.gruene@landshut.de

M/M

02.12.2013

Antrag Erweiterung der Grundschule St. Konradin ab 2014

Die Verwaltung wird beauftragt, umgehend mit der Regierung von Niederbayern über die Genehmigung einer weiteren Sonderneuerschuldung ab 2014 für die notwendige Erweiterung der Grundschule St. Konradin in Auloh zu verhandeln.

Begründung

Angesichts des prognostizierten Anstiegs der Schülerzahlen und der bereits bestehenden Raumnot an der Grundschule St. Konradin ist ein Verschieben der geplanten Erweiterung auf den St. Nimmerleinstag nicht akzeptabel. Wie im Gespräch mit der Rektorin, Frau Rottenkolber, deutlich wurde, stellt auch die angedachte Containerlösung keine Lösung dar. Die geplante Einführung des Ganztagszuges ist schon aus organisatorischen Gründen in Containern nicht durchführbar und würde nach Aussagen der Schulfamilie aufgegeben werden. Möglicherweise müsse auch an eine Auslagerung des Nachmittagsangebotes an der Schule gedacht werden, sollte die bauliche Erweiterung auf Jahre verschoben werden. Diese Entwicklung würde der politischen Zielvorgabe in Land und Bund eines zügigen Ausbaus des Ganztagsschulangebots zuwiderlaufen und kann nicht im Interesse der Stadt und des Regierungsbezirks sein.

Ministerpräsident Seehofer kündigte für 2018 eine Ganztagsgarantie für alle Schülerinnen und Schüler bis 14 Jahre an. Will man diesem ehrgeizigen Ziel nachkommen und angesichts der Tatsache, dass Bayern beim Ausbau der Ganztagschule massiv hinterherhinkt, muss es ein gemeinsames Interesse sein, dort, wo Schulen einen Ganztagszug einführen wollen, dieses auch zeitnah zu ermöglichen.

Da der Haushaltsentwurf der Stadt Landshut für 2014 ff. keine weiteren Sparpotentiale bietet, können die notwendigen Investitionsmittel für die Erweiterung der Grundschule St. Konradin nur bereitgestellt werden, wenn die Stadt in eine Sonderneuerschuldung geht. In dem Zusammenhang sei auch angemerkt, dass die Stadt den ihr ermöglichten Rahmen der Sonderkreditaufnahme für die Berufsschulen I und II bisher nie zur Gänze ausgeschöpft hat.

gez. Sigi Hagl

gez. Dr. Thomas Keyßner